

Meine Herren! Ich habe jenes Lächeln ruhig angesehen; ich habe nur die einfache Antwort mir selbst darauf gegeben, daß es am Tage vor einer solchen Entscheidung wohl nimmermehr der Staatsregierung zum Vorwurf gemacht werden könnte, wenn sie einem Abgeordneten aus dem eigenen constitutionellen Lande über eine so wichtige Frage Auskunft gäbe. Hätten wirklich diplomatische Gründe und Bedenken vorliegen können — obwohl das vom Herrn Minister des Auswärtigen damals angezogene Beispiel nicht paßte, da ein Abgeordneter desselben Landes ein anderer Mann ist, als ein fremder Diplomat — ich meine also, hätten wirklich diplomatische Gründe und Bedenken gegen eine öffentliche Antwort vorgelegen, so war es ja der Regierung doch unbenommen, zu erklären, daß sie bereit sei, in einer anzuberaumenden geheimen Sitzung auf die Interpellation Antwort zu ertheilen. Die Antwort ging damals dahin, man müsse sich darauf beschränken, zu erklären, daß Sachsen mit Bayern stimmen werde. Diese Antwort konnte nach meiner Ansicht am 13. Juni die hohe Staatsregierung nicht ertheilen, wenn nicht Verabredungen mit der bairischen Staatsregierung stattgefunden hätten, oder wenn nicht ein Bündniß mit der bairischen Staatsregierung für die hierauf zu erwartenden Eventualitäten vorlag. Wenn nun aber jetzt bei Beantwortung der Frage: ob die Haltung der Regierung nachträglich genehmigt werden soll? die Präjudicialfrage, was die hohe Staatsregierung vor dem 13. Juni mit der Krone Bayern vereinbart habe, höchst wichtig ist, so hätte nach meiner Ueberzeugung die Staatsregierung nicht unterlassen sollen, den diplomatischen Verkehr, die Protokolle und Depeschen, welche die Vereinbarung mit der Krone Bayern betreffen, uns vorzulegen. So lange diese Actenstücke uns nicht vorliegen, befinden wir uns nicht in der Lage, darüber uns auszusprechen, ob die Abstimmung vom 14. Juni eine kluge und eine nach allen Seiten hin gebotene gewesen sei. Es ist ferner von der hohen Staatsregierung und von ihren Anhängern eingehalten worden, die sächsische Regierung habe allenthalben bundesgetreu sich gehalten, das sei ihr nicht zum Vorwurfe zu machen, sondern das sei ihr Verdienst. Meine hochgeehrten Herren! Die Treue, welche die sächsische Regierung in vielen Situationen bewiesen hat, hat ihr auch zumeist zur Ehre gereicht; eine andere Frage ist es aber, ob man auch im vorliegenden Falle sagen könne, sie habe den Bundesstandpunkt festzuhalten gehabt und es müsse ihr dies sogar zum Verdienste angerechnet werden. Als man in Frankfurt am 14. Juni abstimmte, lag noch keine Erklärung unserer Staatsregierung vor, an welche sie gebunden gewesen wäre, sondern es handelte sich damals erst um die Wahl des Weges, welchen sie gehen sollte, und hierbei hatte sie, dem Bunde gegenüber, völlig freie Entschliebung. Nun, meine Herren, wer war es nun, der den Antrag am

Bunde gestellt hatte, zu mobilisiren? Und was wollte denn derjenige Staat, der diesen Antrag gestellt hatte? War dies nicht derselbe Staat, der seit länger als einem Jahrhundert der principielle Gegner der Freiheit und der Vertreter der Reaction gewesen ist? — War es nicht derselbe Staat, der im Jahre 1859 ein fast unglaubliches Beispiel seiner innern Zerrüttung, seiner innern Fäulniß gab? War es nicht derselbe Staat, der von der Zeit dieses schmachvollen Beispiels ab wiederum der Reaction gehuldigt hat? War es nicht der nämliche Staat, der vor dem hier fraglichen Antrage von dem Deutschen Bunde untreu sich losgemacht hatte und im Verein mit Preußen, dem Bunde zum Trotz, nach Schleswig-Holstein gegangen war? War es nicht der nämliche Staat, der als Mitbesitzer von Holstein kurze Zeit vorher hatte geschehen lassen, daß Sachsen aus Holstein bundeswidrig herausgewiesen wurde? Und dennoch hat man geglaubt, mit diesem Staate sich verbinden zu müssen gegenüber einem Staate der Intelligenz und Macht. Meine hochgeehrten Herren! Das kann ich nicht annehmen, daß einem solchen Staate gegenüber der Glaube an eine Bundespflicht maßgebend geworden sei; ich meine vielmehr, daß andere Gründe hierbei im Spiele gewesen sind. Ich spreche es offen aus: ich halte für den Mentor Sachsens bei jener verhängnißvollen Abstimmung denselben Minister, welcher damals an der Spitze unserer Regierung stand und seit dem Jahre 1850 ein getreuer Anhänger und Beförderer der Reaction gewesen ist. Ich würde über diesen Punkt specieller sein, wenn ich es nicht für unrecht hielte, auch bezüglich der neueren Vorgänge Jemanden anzuklagen zu einer Zeit, wo er persönlich nicht gegenwärtig ist und sonach nicht die Gelegenheit hat, sich zu vertheidigen. Ich erwähnte vorhin das Bündniß mit Bayern. Wo waren denn in jener Zeit unsere Gesandten in Wien und München? Welche Berichte haben denn diese Gesandten über die Rüstungen und die Bereitschaft der Armeen in Bayern und Oesterreich erstattet? Es lag doch nahe, da sie an Ort und Stelle sich befanden, für die sächsische Krone Erkundigungen einzuziehen; wie lauteten denn die Berichte der gedachten Gesandten? Wenn sogar ein einfacher, schlichter Mann im Staate, wie ich, zu jener Zeit erfuhr, daß, nachdem die Kriegserklärung bereits erfolgt war, von süddeutschen Staaten Bestellungen auf Tuch für Uniformen und Treffen in Berlin gemacht wurden, damit ja dort ganz genau bekannt werde, daß und inwieweit man noch nicht fertig sei, so muß es Wunder nehmen, daß man hier auf Grund einer Vereinigung mit Oesterreich und Bayern Alles, sogar die Existenz glaubte auf Spiel setzen zu können. Meine hochgeehrten Herren! Wenn ich der Bewunderung nicht Ausdruck verleihe, welche im ganzen Lande hierüber geherrscht hat, so würde ich der Staatsregierung gegenüber nicht offen sein; ich habe hier die Ver-